

20.01.2025

Niederschrift 007/2024

Kreisausschuss

am 09.12.2024 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.001-C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Martina Eickhoff

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Martin Wiggermann

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Herbert Krusel

Herr Marco Morten Pufke

Vertretung für Frau Annette Droege-Middel
anwesend bis 19:14 Uhr

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Anke Schneider

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Stellvertretendes Mitglied

Frau Marion Küpper

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke | Kreisdirektor | Dez. I

Herr Adrian Kersting | Dez. II
Herr Torsten Göpfert | Dez III
Herr Nils-Holger Gutzeit | Dez. IV
Herr Ferdinand Adam | L FD Steuerungsdienst
Frau Silke Liebig | L Büro LK | Schriftführerin
Frau Leonie Engelhardt | Büro LK | Gleichstellungsbeauftragte
Sabrina Albert | Büro LK

Abwesend:

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 28.11.2024 versandt wurde. Die Tagesordnung sei am 29.11.2024 noch einmal aktualisiert worden. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zur Tagesordnung schlägt er vor, TOP 19, Kostensteigerung bei den Hilfen zur Erziehung, DS 200/24/1, wegen seiner Haushaltsrelevanz als TOP 5.2.1 zum Haushalt zu beraten.

Herr Ganzke beantragt, TOP 29, Aktuelle Entwicklungen im SPNV-Markt und Maßnahmen zur Risikovermeidung, DS 185/24, und den dazu gestellten Antrag der Fraktion GFL+WfU von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Diese wichtige Thematik sollte in einer Sondersitzung des Kreistages beraten werden. Zum einen gebe es neue Informationen, die man zunächst einordnen müsse. Zum anderen könnte man so die Verabschiedung des Landeshaushaltes abwarten, der Auswirkungen auf die Entscheidung haben könnte, sofern es eine Patronatserklärung gebe.

Herr Pufke unterstützt den Antrag und beantragt, auch TOP 28, Weiterentwicklung der Strukturen des NWL, DS 184/24, auf die Sondersitzung zu vertagen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel spricht sich dafür aus, die Punkte in der Kreisausschusssitzung zumindest vorzubereiten und gegebenenfalls nur die Beschlussfassung auf die Sondersitzung zu vertagen.

Frau Schneider erklärt, sie könne den bestehenden Informationsbedarf nachvollziehen. Sie halte insoweit aber auch eine Vorberatung nicht für sinnvoll. Bei der Abstimmung über die Absetzung der Punkte werde ihre Fraktion sich enthalten. Herr Klostermann bekräftigt den Antrag auf Absetzung beider Punkte.

Herr Prof. Dr. Hofnagel kündigt an, dass er in der Kreistagssitzung die Absetzung der Punkte Weiterentwicklung der VBU und Beschlussfassung über den Nahverkehrsplan beantragen werde, da seine Fraktion hier noch erheblichen Informationsbedarf habe. Eine Vorberatung im Kreisausschuss halte er aber für sinnvoll.

Der Antrag auf Absetzung der Punkte 28 und 29 von der Tagesordnung wird mehrheitlich beschlossen.

Der Antrag auf Verschiebung des Punktes 19 unter den Haushalt (Punkt 5.2.1) wird einstimmig beschlossen.

Es wird wie folgt beraten:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Punkt 2		Fragestunde für Einwohner*innen
Punkt 3	086/24/3	Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richter*innen beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen für die Amtszeit 01.04.2025 bis 31.03.2030
Punkt 4	180/24	Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2024
Punkt 5		Haushalt 2025/2026 - Verabschiedung
Punkt 5.1	137/24/1	Stellenplan für die Jahre 2025 und 2026
Punkt 5.2	136/24/2	Beschluss der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026; Änderung des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
Punkt 5.2.1	200/24/1	Kostensteigerung bei den Hilfen zur Erziehung - gemeinsam gegensteuern!; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024
Punkt 5.2.2	202/24	Kreisrundfahrten; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 03.12.2024
Punkt 5.2.3	203/24	Finanzielle Unterstützung des Frauenforums zur Einrichtung eines Info-Busses; Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 06.12.2024
Punkt 5.2.4	201/24	Zweite Vollzeitstelle für Klimamanager*in; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 26.11.2024
Punkt 6	163/24	Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2023
Punkt 7	190/24	Änderung der Gesellschaftsverträge der Westfalen TarifGmbH und der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH
Punkt 8	175/24	Prüfung und Kosten der Jahresabschlüsse sowie Aufstellung der Lageberichte für die kleinen Kapitalgesellschaften; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 29.10.2024
Punkt 9	135/24	Weiterentwicklung der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)
Punkt 9.1	204/24	Vorlage von Wirtschaftlichkeitsnachweisen des beabsichtigten Vorhabens sowie zur Vorlage einer Beschreibung und Bewertung von alternativen Handlungsoptionen u. a.; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2024
Punkt 10	191/24	Ausschreibung der Stelle des Kreisdirektors (m/w/d)
Punkt 11	193/24	Einführung eines Energiemanagements für Liegenschaften des Kreises Unna

Punkt 12 198/24/1 Schaffung von mietbaren Kunsträumen auf Haus Opherdicke;
Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024

- | | | |
|-------------------|----------|---|
| Punkt 13 | 161/24 | Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Bönen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung |
| Punkt 14 | 197/24/1 | Bürokratieabbau vorantreiben;
Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der CDU-Fraktion vom 27.11.2024 |
| Punkt 15 | 144/24 | Katastrophenschutzbedarfsplan für den Kreis Unna |
| Punkt 16 | 168/24 | Errichtung des dreieinhalbjährigen Bildungsganges „Mechatronikerin/ Mechatroniker“ gemäß Anlage A der APO-BK im Fachbereich Technik / Naturwissenschaft am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg in Werne zum Schuljahr 2025 / 2026 |
| Punkt 17 | 160/24/1 | Änderung der Entgeltregelung für das Tierheim des Kreises Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna |
| Punkt 18 | 169/24 | Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2024 |
| Punkt 19 | 183/24/1 | Bauliche Weiterentwicklung Ökologiestation – Veränderungsvariante Neubau Maschinenhalle und Besucherzentrum |
| Punkt 20 | 195/24 | Erarbeitung und Vorlage eines aktuellen "4. Nachhaltigkeitsberichts"; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 22.11.2024 |
| Punkt 21 | 145/24 | Beschluss des Nahverkehrsplans (NVP) Kreis Unna 2024 |
| Punkt 21.1 | 205/24 | Herstellung der Kostentransparenz bzgl. des Nahverkehrsplans und entsprechende Darlegung der kommunalen Kostenentwicklungen für alle beteiligten Kreiskommunen;
Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 08.12.2024 |
| Punkt 22 | 199/24/1 | Übernahme der Schülerbeförderung durch die VKU;
Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024 |
| Punkt 23 | 192/24 | Dritte Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif |
| Punkt 24 | 147/24 | Fünfundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (25. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2025 |
| Punkt 25 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 25.1 | | Stellenwechsel des Kreisbrandmeisters |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----------------|--------|---|
| Punkt 26 | 194/24 | Einstellung einer Dezernatsleitung für das Dezernat V |
|-----------------|--------|---|

Punkt 27 186/24 Ernennung zur Kreisverwaltungsdirektorin

Punkt 28 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Liebig zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreisausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 3 086/24/3 Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richter*innen beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen für die Amtszeit 01.04.2025 bis 31.03.2030

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter*innen beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen für die Amtszeit vom 01.04.2025 bis zum 31.03.2030 werden folgende Personen nachbenannt:

1.	Thomas Buller-Hermann, Lünen
2.	Horst Borrieß, Kamen
3.	Olaf Heppe, Schwerte
4.	Heike Redlin, Kamen
5.	Sascha Tiefenbach, Unna
6.	Hans-Peter Braun, Lünen
7.	Stefanie Wilberg, Unna
8.	Sven Albert, Unna
9.	Thomas Wagner, Unna
10.	Dr. Jürgen Wentzek, Schwerte
11.	Martin Fischer, Schwerte
12.	Martin Siegel, Kamen

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 180/24 Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2024

Der Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2024 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 Haushalt 2025/2026 - Verabschiedung

Erörterung

Die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes werden mit allen Unterpunkten einvernehmlich auf die Kreistagssitzung am 10.12.2024 vertagt.

Punkt 5.1 137/24/1 Stellenplan für die Jahre 2025 und 2026

Erörterung

siehe Punkt 5

Punkt 5.2	136/24/2	Beschluss der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026; Änderung des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
------------------	-----------------	--

Erörterung

siehe Punkt 5

Punkt	200/24/1	Kostensteigerung bei den Hilfen zur Erziehung - gemeinsam gegensteuern!;
5.2.1		Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024

Erörterung

siehe Punkt 5

Punkt	202/24	Kreisrundfahrten;
5.2.2		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 03.12.2024

Erörterung

siehe Punkt 5

Punkt	203/24	Finanzielle Unterstützung des Frauenforums zur Einrichtung eines Info-Busses;
5.2.3		Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 06.12.2024

Erörterung

siehe Punkt 5

**Punkt 5.2.4 201/24 Zweite Vollzeitstelle für Klimamanager*in;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 26.11.2024**

Erörterung

siehe Punkt 5

Punkt 6 163/24 Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2023

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt den Beteiligungsbericht für das Jahr 2023 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Beteiligung des Landrates)

**Punkt 7 190/24 Änderung der Gesellschaftsverträge der Westfalen TarifGmbH und der Tarif-
gemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH**

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die vorgeschlagenen Änderungen der Gesellschaftsverträge der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH und der WestfalenTarif GmbH entsprechend der Darstellung in den Anlagen 1 und 2 werden beschlossen.
2. Die Vertretung des Kreises Unna in der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH wird angewiesen, dem Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr Lippe GmbH sowie der Mandatierung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen. Das Stimmrecht kann auch mit Hilfe einer Bevollmächtigung einer berechtigten Vertretung ausgeübt werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 8 175/24 Prüfung und Kosten der Jahresabschlüsse sowie Aufstellung der Lageberichte
für die kleinen Kapitalgesellschaften;
Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vom 29.10.2024**

Erörterung

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag erklärt Frau Heinrichsen, dass die von der Verwaltung im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Konzernsteuerung vorgelegten Informationen ausreichend seien. Ihre Fraktion ziehe den Antrag zurück.

Punkt 9 135/24 Weiterentwicklung der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)

Herr Kreisdirektor Janke verlässt das Podium und nimmt im Zuschauerbereich des Sitzungsraumes Platz. Er nimmt an der Beratung nicht teil.

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel verweist auf seine im Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung gestellten Fragen und fordert erneut die Vorlage eines Business-Cases bzw. eines Wirtschaftsplans, in dem die finanziellen Auswirkungen der Beschlussfassung dargelegt werden. Zudem fordert er, die Mehrerträge sowie die Effizienzsteigerung darzulegen, die sich die Verwaltung von den Maßnahmen erhoffe. Im Fachausschuss habe Herr Janke die entsprechenden Auskünfte auf Nachfrage nicht erteilt. Als Folge fühle er sich nicht in der Lage, den Beschluss zu fassen. Nicht nur die finanziellen Folgen seien unklar, sondern auch Handlungsalternativen seien weder benannt noch bewertet worden. Insoweit würden die klassischen Grundprinzipien der Managementlehre nicht eingehalten. Den Antrag habe er gestellt, weil alle Mitglieder des Kreistages gefordert seien, darauf zu achten, dass die Grundlagen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei Beschlussfassungen eingehalten würden. Er fühle sich vor dem Hintergrund der Haltung des Landrates und des Kreisdirektors in dieser Angelegenheit nicht ausreichend informiert, um einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Gleiches gelte für seine Fraktion.

Herr Ganzke erklärt, seine Fraktion habe sich - entsprechend der Beauftragung durch den Kreistag, die Weiterentwicklung der VBU zu betreiben - eingehend mit der Materie befasst. Man sei der Verantwortung als gewählte Kreistagsmitglieder nachgekommen und habe in der Fraktion eine Entscheidung getroffen. Die SPD-Fraktion unterstütze den mit der ausgearbeiteten Drucksache vorgelegten Beschluss, weil man diesen für den richtigen Weg halte. Den Antrag der Fraktion GFL+WfU werde seine Fraktion ablehnen.

Der Beschluss hätte dem Kreistag nicht zwingend vorgelegt werden müssen, da die VBU die Entscheidung auch in ihren Gremien hätte treffen können. Er halte es aber aus Transparenzgründen für richtig, dass der Kreistag mit der ausführlichen Drucksache beteiligt werde und man dadurch in öffentlicher Sitzung diskutieren könne.

In diesem Zusammenhang übt er scharfe Kritik an dem aus seiner Sicht unsachlichen Facebook-Post von Herrn Prof. Dr. Hofnagel, in dem dieser dem Kreisdirektor vorgeworfen habe, berufsethische Gepflogenheiten zu ignorieren.

Er sei fest überzeugt, dass die unter Beteiligung von Wirtschaftsprüfern entwickelte vorgelegte Entscheidung die richtige zum Wohle des Kreises Unna sei. Die weitere Ausgestaltung sei Sache der VBU. Die Entscheidung bringe den Kreis Unna weiter, schäbige Posts hingegen sicherlich nicht.

Frau Schneider zweifelt an, dass die Entscheidung über die Weiterentwicklung nicht ohnehin vom Kreistag getroffen werden müsse. Sie werde diese Aussage überprüfen.

Da zudem der Antrag der Fraktion GFL+WfU erst nach ihrer letzten Fraktionssitzung eingegangen sei, habe ihre Fraktion noch Beratungsbedarf. Sie bitte daher, die Diskussion über die gesamte VBU-Thematik auf die Sitzung des Kreistages zu verschieben.

Herr Landrat Löhr erklärt, rechtlich sei die Aussage von Herrn Ganzke korrekt. Es sei ihm aber wichtig, dass die gesamte Politik informiert werde, weshalb er die Entscheidung dem Kreistag zur Beschlussfassung vorlege.

Da Herr Prof. Dr. Hofnagel ihn persönlich angesprochen habe, wolle er klarstellen, dass dieser nach einem langen Telefonat mit dem Kreisdirektor ihn zusätzlich angerufen habe. Er habe keine Veranlassung gesehen, andere Auskünfte als der Kreisdirektor zu geben.

Frau Wohlgemuth unterstützt die Aussage von Frau Schneider bezüglich der Entscheidungsfreiheit der VBU. Sie sehe die Weiterentwicklung der VBU als notwendig an, aber die Unterfütterung sei sicherlich streitbar. Ihre Fraktion habe ebenfalls noch Beratungsbedarf.

Herr Prof. Dr. Hofnagel weist unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von Herrn Ganzke auf seine Einschätzung hin, dass der Kreistag gegenüber der Bürgerschaft kein gutes Bild abgebe. In Zeiten, in denen man sich über Politikverdrossenheit ärgere und darüber, dass immer mehr Wähler*innen ab die Ränder abwanderten, sei es nicht der richtige Weg, berechnete Fragestellungen zu ignorieren und die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfer als einzig richtigen umsetzbaren Weg zu bezeichnen, ohne entsprechende Handlungsoptionen und ihre finanziellen Auswirkungen zu prüfen. Wer dieses Schauspiel mittrage, Sorge dafür, dass die Bürgerschaft weiter an die politischen Ränder abdrifte. Es sei nicht erklärbar, dass man mindestens eine Million jährlich verausgaben wolle, ohne die entgegenstehenden Einnahmen zu kennen. Der Kreistag habe zudem sehr wohl die Hoheit, einen getroffenen Beschluss zu optimieren. Er fordert erneut, Handlungsoptionen zu prüfen. Zum Vorwurf des schäbigen Verhaltens erwidert Herr Prof. Dr. Hofnagel, er sei der Auffassung, dass sich der Kreisdirektor aus berufsethischen Gründen frühzeitig aus dem Beratungs- und Entscheidungsprozess hätte herausziehen müssen. Zwar sei der Kreisdirektor heute bei der Beratung nicht anwesend, habe aber bisher in den Gremien die Diskussionen geführt und über den Umfang der Herausgabe von Informationen entschieden. Insofern habe es für ihn ein Geschmäckle, wenn dieser als Folge der Entscheidung einen hoch dotierten Posten erhalte. Er bittet Herrn Ganzke und die SPD-Fraktion, diese Argumente noch einmal zu überdenken.

Herr Ganzke bezeichnet den Vorwurf von Herrn Prof. Dr. Hofnagel, dass er und seine Fraktion mit der beabsichtigten Entscheidung im Kreistag Wähler*innen an den rechten oder linken Rand treiben würden, als Unverschämtheit und weist diesen entschieden als ungerechtfertigt zurück.

Wie Herr Landrat Löhr dargestellt habe, werde der Kreistag mit der Drucksache informiert und an der Entscheidung beteiligt. Die SPD-Fraktion befürworte dies ausdrücklich.

Nach weiterem kurzem Austausch wird die Beschlussfassung einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 9.1 204/24

Vorlage von Wirtschaftlichkeitsnachweisen des beabsichtigten Vorhabens sowie zur Vorlage einer Beschreibung und Bewertung von alternativen Handlungsoptionen u. a.; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2024

Erörterung

siehe Punkt 9

Die Beschlussfassung wird einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 10 191/24 Ausschreibung der Stelle des Kreisdirektors (m/w/d)

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel meldet für die Fraktion GFL+WfU Beratungsbedarf an. Der Punkt wird daraufhin einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 11 193/24 Einführung eines Energiemanagements für Liegenschaften des Kreises Unna

Erörterung

Frau Schneider zeigt sich für ihre Fraktion verwundert, dass das Energiemanagementsystem noch nicht eingeführt sei.

Herr Kersting erklärt dazu, dass man zwar das Nachhalten von Energieverbrauch für verschiedene Kreisliegenschaften im Fachausschuss diskutiert habe, aber noch kein Energiemanagementsystem. Die Einführung sei ein Auftrag aus dem beschlossenen Klimaschutzkonzept.

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aufbau und der beabsichtigte kontinuierliche Betrieb eines Energiemanagements werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 12 198/24/1 Schaffung von mietbaren Kunsträumen auf Haus Opherdicke;
Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024**

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung von 4-5 Künstlerateliers im leerstehenden Torhaus des Hauses Opherdicke. Die hierfür erforderlichen Investitionen können aus dem Budget der Stabstelle Kultur und Tourismus gedeckt werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 13 161/24 Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Bönen
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung**

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel bittet um Erläuterung, warum hier eine Form der interkommunalen Zusammenarbeit aufgegeben werde. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den auf Antrag der Fraktionen SPD und GFL+WfU an den Landrat erteilten Auftrag, die Aktivitäten in diesem Bereich möglichst auszuweiten. Er er-

kündigt sich, ob es andere Felder gebe, auf denen die interkommunale Zusammenarbeit ausgeweitet werden könne.

Herr Kreisdirektor Janke erläutert dazu, dass die immer weiter voranschreitende Digitalisierung Spezialisierung und klar zugeordnete Aufgaben erfordere. Angesichts neuer Herausforderungen an die IT-Sicherheit sei es auch notwendig, dass sich das Kreis-Rechenzentrum neu aufstelle. Die Form der althergebrachten Zusammenarbeit, bei der der Kreis alle Dienstleistungen erbringe, sei nicht mehr zeitgemäß. Diese Entscheidung dürfe man aber nicht als Ende der interkommunalen Zusammenarbeit zu verstehen. Man werde andere Formen der Zusammenarbeit finden.

Auf Nachfrage von Frau Wohlgemuth, ob das kreiseigene Rechenzentrum erhalten bleibe, erklärt Herr Kreisdirektor Janke, dass nach aktuellem Stand ein kreiseigenes Rechenzentrum sinnvoll sei. Man dürfe aber den Fachkräftemangel in diesem Bereich nicht vergessen. Die IT müsse sich so aufstellen, dass notwendige Dinge im Hause belassen werden. Für andere sollte man ebenfalls darüber nachdenken, sich großen Dienstleistern anzuschließen.

Herr Landrat Löhr unterstreicht, dass er ein Arbeitsteam zusammenstellen werde, um das Thema interkommunale Zusammenarbeit weiter auszuarbeiten und kündigt diesbezügliche Gespräche mit den Kommunen an. In diesen Themenkreis falle auch der folgende Antrag der CDU-Fraktion zum Bürokratieabbau. Er selbst befürworte ebenfalls schnellere und schlankere Strukturen. Er benötige aber entsprechende Personalkapazitäten, um diese Dinge voranzutreiben.

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag stimmt der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung mit der Gemeinde Bönen zu.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung mit der Gemeinde Bönen zu kündigen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 197/24/1 Bürokratieabbau vorantreiben; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der CDU-Fraktion vom 27.11.2024

Erörterung

Frau Wohlgemuth bittet um die Benennung von Beispielen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag meldet Frau Schneider Beratungsbedarf an.

Die Beratung und Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 15 144/24 Katastrophenschutzbedarfsplan für den Kreis Unna

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der der Drucksache 144/24 als Anlage beigefügte Katastrophenschutzbedarfsplan für den Kreis Unna wird vom Kreistag beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 168/24 Errichtung des dreieinhalbjährigen Bildungsganges „Mechatronikerin/ Mechatroniker“ gemäß Anlage A der APO-BK im Fachbereich Technik / Naturwissenschaft am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg in Werne zum Schuljahr 2025 / 2026

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Zum Schuljahr 2025 / 2026 wird der dreieinhalbjährige Bildungsgang „Mechatronikerin / Mechatroniker“ gemäß Anlage A der APO-BK im Fachbereich Technik / Naturwissenschaft am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg in Werne einzügig errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 160/24/1 Änderung der Entgeltregelung für das Tierheim des Kreises Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die der Drucksache 160/24/1 als Anlage beigefügte Entgeltordnung für das Tierheim des Kreises Unna für den Kreis Unna wird vom Kreistag beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 169/24 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2024

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der der Drucksache 169/24 als Anlage beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2024 nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) wird beschlossen.

2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
3. Es besteht bis 2027 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2024 nach APG-NRW) Bedarf an 39 neuen Pflegeheimplätzen i.S. SGB XI. Diese zusätzlichen Pflegeheimplätze sind nach § 27 Abs.1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW öffentlich auszuschreiben. Der Bedarf an kreisweit 349 zusätzlichen Tagespflegeplätzen ist ebenfalls öffentlich auszuschreiben, im Sinne der o.a. Landesverordnung. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfes auch durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken. Zur Verteilung auf die kreisangehörigen Kommunen siehe die entsprechenden Tabellen.
4. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2%-Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von 69 Plätzen kreisweit empfohlen (vergleiche Tabelle). Es besteht außerdem weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4% bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung und ein Zuwachs von mindestens 1.870 Service-Wohnungen wird empfohlen (vergleiche Tabelle). Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen auch zur Realisierung dieses Bedarfes, z.B. durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten, hinzuwirken.
5. Der Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen, die also nur für die Kurzzeitpflege zur Verfügung stehen und auch langfristig im Voraus buchbar sind, ist im Kreis Unna weiterhin so hoch, dass aktuell jeglicher fachlich geeignete Zuwachs mit einer angemessenen Zahl an Plätzen bedarfsgerecht wäre und daher momentan keine dezidierten Platzzahlvorgaben oder sozialräumliche Zuordnungen vorgenommen werden müssen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 19 183/24/1 Bauliche Weiterentwicklung Ökologiestation – Veränderungsvariante Neubau Maschinenhalle und Besucherzentrum

Erörterung

Auf Antrag von Frau Schneider werden die Beratung und Beschlussfassung einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 20 195/24 Erarbeitung und Vorlage eines aktuellen "4. Nachhaltigkeitsberichts"; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 22.11.2024

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, einen aktuellen „4. Nachhaltigkeitsbericht“ spätestens bis zum Frühjahr 2025 vorzulegen und diesen im Fachausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz sowie im Kreistag vorzustellen. Der neue Nachhaltigkeitsbericht soll auch Auskunft geben über die Entwicklung der Flächenanteile im Kreisgebiet Unna nach den Kategorien „Verkehr“, „Wohnen“, „Gewerbe“, „landwirtschaftliche Fläche“, „Waldgebiete“ sowie „andere“ während der letzten zehn Jahre und ebenso Zielwerte für die zukünftigen Jahre aufzeigen (in Anlehnung an die übergeordneten Zielsetzungen des Bundes und des Landes; vgl. hierzu die Tabelle auf

Seite des Antrags). Weiterhin möge der Landrat in dem neuen Bericht aufzeigen, inwieweit die bisherigen Zielsetzungen des (alten) 3. Nachhaltigkeitsberichts, der Zielwerte bis 2020 aufweist, erreicht wurden und darüber berichten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen 12 Nein-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LR)
2 Ja-Stimmen (Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU)
3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag, Einzelmitglied)

Punkt 21 145/24 Beschluss des Nahverkehrsplans (NVP) Kreis Unna 2024

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, die Kostentransparenz, die aus Sicht der Fraktion GFL+WfU in einer Solidargemeinschaft zwingend notwendig sei, liege nicht vor. Das Wissen um die finanziellen Auswirkungen des neuen Nahverkehrsplans für die Kommunen sei aber notwendige Voraussetzung für die Beschlussfassung. Man wolle daher erst bei Vorliegen der notwendigen Informationen entscheiden und habe daher den Antrag (TOP 21.1) gestellt.

Frau Schneider erklärt, aufgrund der Kurzfristigkeit des Antragseingangs habe ihre Fraktion noch Beratungsbedarf.

Die weitere Beratung und Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 21.1 205/24 Herstellung der Kostentransparenz bzgl. des Nahverkehrsplans und entsprechende Darlegung der kommunalen Kostenentwicklungen für alle beteiligten Kreiskommunen; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 08.12.2024

Erörterung

siehe Punkt 21

Die Beratung und Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzung des Kreistages am 10.12.24 vertagt.

Punkt 22 199/24/1 Übernahme der Schülerbeförderung durch die VKU; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2024

Erörterung

Frau Schneider regt an, das Ergebnis des Prüfauftrags zunächst im Fachausschuss zu diskutieren. Herr Ganzke übernimmt diese Anregung in den Antragstext.

Beschluss

Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Schülerspezialverkehre künftig kostengünstiger und effizienter durchgeführt werden kann, zum Beispiel durch eine teilweise Übernahme durch die Verkehrsgesellschaft

Kreis Unna mbH (VKU). Dabei sollen sowohl die finanziellen Einsparpotenziale als auch die organisatorischen und vertraglichen Voraussetzungen geprüft und bewertet werden.
Das Ergebnis der Prüfung wird zunächst im zuständigen Fachausschuss beraten.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 23 192/24 Dritte Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif

Beschluss
Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Allgemeine Vorschrift zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2025 aus Bundes- und Landesmitteln an die im Kreis Unna tätigen Verkehrsunternehmen wird in der beigefügten Fassung beschlossen und die Geltungsdauer zunächst bis zum 31.12.2025 verlängert.
2. Sollten die Bundes- und Landesmittel zur Refinanzierung nicht ausreichen oder das Deutschlandticket nicht mehr im WestfalenTarif integriert sein bzw. ein dahingehender Beschluss auf Seiten der WestfalenTarif GmbH (Gesellschafterversammlung oder WestfalenTarifausschuss) gefasst worden sein, behält sich der Kreis Unna vor, diese Vorschrift jederzeit mit einer angemessenen Ankündigungsfrist außer Kraft zu setzen.
3. Der Landrat wird beauftragt, die WestfalenTarif GmbH über den Beschluss nach Ziff. 1 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 24 147/24 Fünfundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (25. ÄS) - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2025

Beschluss
Dem Kreistag wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die der Drucksache 147/24 als Anlage 1 angefügte 25. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (25. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 25 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 25.1 Stellenwechsel des Kreisbrandmeisters

Herr Krusel erkundigt sich unter Bezugnahme auf einen Pressebericht in den Ruhr-Nachrichten nach einem geplanten Stellenwechsel des Kreisbrandmeisters und bittet, für diesen Fall zeitnah für Ersatz zu sorgen.

Herr Landrat Löhr erklärt, er habe die Fraktionen im Ältestenrat über den geplanten Stellenwechsel informiert. Die Stelle könne voraussichtlich zeitnah nachbesetzt werden.

gez. Silke Liebig
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender